LiLO INFORMIERT
AUS DER ORTENAU. FÜR DIE ORTENAU.

Preiserhöhungen bei der TGO verhindern!

ABGEHÄNGT. Der Nahverkehr in der Ortenau bleibt auf der Strecke. Foto: ***[LiLo]***

Die Linke Liste Ortenau spricht sich gegen die Preiserhöhungen der Tarifgemeinschaft Ortenau (TGO) zum 01. August 2019 aus.

Sie fordert den Kreistag dazu auf, die Subventionen für den Tarifverbund drastisch zu erhöhen, damit der Nahverkehr günstiger wird und ausgebaut werden kann.

Wir erinnern an die Versprechen, die die Parteien gegeben haben.
Yannik Hinzmann

Hierzu erinnert LiLO Sprecher Yannik Hinzmann die Parteien an die Versprechen bei der Fridays for future Podiumsdiskussion, bei der alle anwesenden Parteien meinten, dass man den öffentlichen Nahverkehr attraktiver und günstiger gestalten will. Es sei mehr als traurig, dass die Geschäftsführung der TGO nun diese Wünsche einfach in den Wind schlägt. Für viele Menschen seien die Preise für eine Monatskarte von 82,10€ schon jetzt nur schwierig zu bezahlen.

2,65€ für die Kurzstrecke in Kehl sind zu viel!
Yannik Merkel

Die Fahrpreise innerhalb von Kehl werden vom Kehler LiLO-Mitglied Yannik Merkel moniert. Wenn man zukünftig 2,65€ pro Kurzstrecke in Kehl zahlen müsse, dann sei es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umsteige.

Hier müssen dringend Kurzstreckentickets für maximal 1€ eingeführt werden. Can Colak, ebenfalls LiLO-Mitglied aus Kehl ergänzt, dass es zudem, eine Unverschämtheit sei, für diese hohen Preise, solch schlechte Verbindungen anzubieten.

Vor allem die Verbindungen Richtung Offenburg nach 20 Uhr seien katastrophal und für Jugendliche unattraktiv.

Die Linke Liste Ortenau fordert die Kreisräte dazu auf, die Verkehrswende jetzt, wie versprochen, gemeinsam in die Hand zu nehmen. Sinnvolle Vorschläge sind neben der sofortigen Einführung eines Kurzstreckentickets, ein 30€ Monatsticket für die gesamte Ortenau sowie der Ausbau der Verbindungen.

In der Pressemitteilung vom Juni verteidigte die TGO ihr Vorgehen und verweist dabei auf die "angebliche" Preissenkung von 2017 (siehe Infokasten rechts) und betont die Attraktivität. Überteuerte Nahverkehrspreise haben aus unserer Sicht mit der Lebensrealität jedoch nichts zu tun.
[LiLo]

FAKTEN ZUR PREISERHÖHUNG

Nach eigenen Angaben der TGO gab es folgende Preiserhöhungen:
2019 Ø 2,81%
2018 Ø 2,46%
2016 Ø 2,41%

Preisreduzierung:
2017 Ø 3,8%

Allerdings profitierten laut Angaben der TGO selbst 2017 nicht einmal die Hälfte der Fahrgäste von dieser Reduzierung. Die Mehrheit musste Preissteigerungen sogar im Jahr 2017 in Kauf nehmen. Für uns bleibt diese "Preisreduzierung" somit Augenwischerei.

Bürgerabzocke in der Ortenau

Geld für Banken ist da, aber keines für Krankenhäuser, Kitas und Nahverkehr!

Der Ortenaukreis zahlte 2017 und 2018 zusammen mehr als 350.000€ Strafzinsen an die Banken! Die Stadt Offenburg zahlte 2018 ebenfalls 144.000€ Negativzinsen.

Wer viel Geld hat und das nicht auf ausländischen Konten bunkern kann, der muss derzeit bei Banken einiges liegen lassen. Im Gegenteil zum Großteil der Bevölkerung, ist der Ortenaukreis reich. Anstatt aber das Geld der Bevölkerung zu Gute kommen zu lassen, verrottet es auf den Konten der Banken. Diese fordern dafür aber Strafzinsen, womit sie sich an den Steuergeldern der einfachen Bürger bereichern.

Gleichzeitig hat die Kommunalpolitik jahrelang Investitionen in Krankenhäuser, Schulen und den öffentlichen Nahverkehr im Ortenaukreis hinaus gezögert. Dabei rühmen sich Städte wie Offenburg, schuldenfrei zu sein oder wie der Ortenaukreis Schulden abzubauen. Es bleibt unverständlich, warum in einem so reichen Kreis dennoch Krankenhäuser geschlossen oder Dörfer vom öffentlichen Nahverkehr beinahe abgeschnitten werden.

Zu allem Überfluss kommt nun noch hinzu, dass die Renditen für Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland auf einem historisch niedrigen Niveau sind. Die Regierung erhält mittlerweile Geld von Investoren dafür, dass diese dem deutschen Staat Geld leihen dürfen. Dennoch nutzt die Regierung die Gunst der Stunde nicht, da sie die sogenannte Schuldenbremse verabschiedet hat. Diese verbietet ihr, neue Schulden aufzunehmen. Auch wenn sie dadurch Schulden abbauen könnte. Das ist an Wahnsinn nicht mehr zu überbieten.
[LiLo]

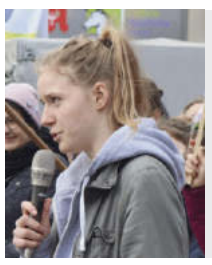
Impressionen aus Offenburg

Widerstand in der Ortenau – Politiker in Panik

Während viele andere die Klimaprobleme aussitzen, gehen über 1.500 Ortenauer Schülerinnen und Schüler auf die Straße. Sie fordern ein Umdedenken in der Klimapolitik und eine Verkehrswende. Was dem Großteil der Bevölkerung hilft, stößt dennoch auf großen Widerstand.

Sie seien "indoktriniert, Schulschwänzer oder doppelmoralisch". Das wird den Schülerinnen sowie Schülern von den Fridays for future (fff) Demos oftmals vorgeworfen. Vor allem im Internet ergießen sich zahlreiche Hasskommentare gegen die Aktivisten. "Fangt bei Euch selbst an, lasst uns aber in Ruhe", heißt es oft.

Beim Besuch der Demos merkt man aber schnell, dass sich die Teilnehmer*innen sehr wohl mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Dort ist zum Beispiel Jana Schwab. Sie fährt jeden Morgen mit dem Bus in die Schule, produziert ihre eigene Zahnpasta und lebt vegetarisch.
Über die Hasskommentare der, vor allem älteren weißen Männer, kann sie nur lachen. „Natürlich kann man die Augen vor dem Klimawandel verschließen. Eine Klimapolitik mit Weitsicht käme aber schlußendlich allen zugute.



Ein 30€ Monatsticket für den Nahverkehr muss her!
Amelie Vollmer

2050 wird keiner schimpfen, wir hätten unnötig dafür gesorgt, dass die Städte wieder grün sind und saubere Luft geatmet werden kann.“

Doch bis 2050 will hier niemand warten. Gefordert wird eine Verkehrswende hier in der Ortenau; jetzt! Hierfür muss der Nahverkehr ausgebaut und die Fahrpreise verringert werden.

"Ein 30€ Monatsticket muss her und auf Dauer muss auch über einen kostenlosen Nahverkehr nachgedacht werden", meint Amelie Vollmer.

Sie ist ebenfalls Aktivistin bei fff. Auf die Frage, wer das denn alles bezahlen soll, schmunzelt sie.

"Die Frage nach dem Geld stellen viele Leute." Bezogen auf die Ortenau verweist sie darauf, dass der Kreis Millionen Überschüsse macht, die aber nicht bei den Menschen ankommen würden.

Für 4 Millionen € bezuschusst der Kreis den Bau einer neuen Messehalle. Für 500 Millionen € baut man eine Krankenhausfabrik.

Für 800.000€ baut man Touristenverbindungen aus. Da könne ihr keiner erzählen, dass für die Bevölkerung nichts mehr übrig bleibe.

Ein Passant am Rande der Demo fragt, warum man nicht am Wochenende demonstriere. Dagegen kontern die Demonstranten, man tue das auch. "Die Medien berichten nur spärlich über Aktionen am Wochenende", meint Chris Huck.

Die Resonanz ist dann gegen Null. Und schließlich habe die Politik und Öffentlichkeit im "Schulfach" "Klimapolitik" auch geschwänzt. Und das über Jahrzehnte hinweg.

Kein Schildbürgerstreich!

Auch wird nicht nur demonstriert bei den Fridays for future Aktivisten. Es wurden schon zahlreiche Infostände organisiert, zudem wurde Müll gesammelt und gegen die Flut der Elterntaxis protestiert.

"Wir können nur gemeinsam etwas erreichen", wirft Jaana Hilberer ein. Denn die wahren Umweltsünder sind die Unternehmen. Hier ist also die Politik gefragt, damit endlich entsprechende Gesetze erlassen werden. Kohleausstieg, Stopp von Pestiziden, Förderung von Grünflächen usw. Die Liste der Dinge, die man da tun könnte ist lang. Doch jetzt gelte es erst einmal, hier vor Ort Öffentlichkeit zu schaffen und Konkretes anzugehen. Alle Parteien, außer der AfD, haben im letzten Wahlkampf den Aktivisten versprochen, etwas zu tun. Daran will man diese in den kommenden Monaten erinnern.

Vor allem beim Nahverkehr waren sich alle einig, dass er billiger und besser ausgebaut werden muss. Faule Ausreden, wie in den Jahren zuvor, lässt man hier nicht mehr gelten. Vor allem den Grünen wird man ordentlich auf die Finger klopfen.

Wir können nur gemeinsam etwas erreichen!
Jaana Hilberer

Alles in allem bleibt einem nach dem Besuch folgendes Fazit: Im Gegensatz zu den SUV Fahrern und anderen Ressourcen-Verschwendern, versuchen die fff-Teilnehmer*innen etwas Positives zu bewegen. Mit ihren lauten Forderungen treffen sie den Nerv all jener, die sehen, dass Sie selbst die Umweltsünder sind.

Das ist unbequem und nervt. Deshalb eskalieren einige im Internet und die Politiker sind beunruhigt. Schließlich gehen hier endlich Menschen auf die Straße, die sie zwingen, zu handeln. Faul auf dem Sofa sitzen und sich am Stammtisch immer nur beschweren war gestern.

Jetzt wird gehandelt!
[LiLo]

Wohnungsnot in der Ortenau! So quetscht man Mieter aus.

Die Wohnungssuche gerät für viele Menschen immer mehr zur Tortur. Steigende Mietpreise zehren das Einkommen auf Währenddessen stehen immer mehr Wohnungen leer. Doch dagegen regt sich nun auch Widerstand.

Nach wochenlangem Durchklicken von Immbolienscout und anderen Wohnungssuchbörsen im Internet hast du endlich eine Wohnung gefunden; zudem eine Wohnung, die gerade noch in deinem Budget liegt.

Zwei Wochen später stehst du vor einer endlos langen Schlange wartender Menschen. Eigentlich nichts Ungewöhnliches, wäre man am Einlass zum Konzert, an der Kasse im Supermarkt oder am Terminal im Flughafen.

Doch die Leute hier warten nicht auf ein Konzertvergnügen oder den wohlverdienten Urlaub, sondern auf die Besichtigung einer Wohnung. Die monatelange Suche nach einer bezahlbaren Bleibe, oft am Rande der Verzweiflung, aber auch Massenbesichtigungen mit Dutzenden Mitbewerber*nnen sind Alltag.

Wohnungsnot und explodierende Grundstücks- und Mietpreise sind bittere Realität in beinahe allen deutschen Städten. Bundesweit sind die Bodenpreise von 1962 bis 2015 um 1800 Prozent gestiegen.

Diese Probleme kennen wir auch hier in der Ortenau. Allein in Offenburg stehen zum Beispiel über 800 Wohnungen leer, während hunderte von Menschen auf den Wartelisten der städtischen Wohnungsbaugesellschaften stehen. Doch wer erst mal eine Wohnung hat, der muss sich meist mit teuren Mieten rumschlagen.

Laut immowelt.de, zahlt man in Offenburg für eine 40m² Wohnung ca. 356€ Kaltmiete. In Lahr ebenfalls um die 350€ und in Kehl bis zu 400€. Nebenkosten sind da noch nicht eingerechnet.

D.h. die Menschen müssen in diesen Städten fast bis zu 500€ für eine Einzimmerwohnung ausgeben. Für jemand, der nur den Mindestlohn erhält, ist da schon mal die Hälfte des Einkommens weg. Vor allem Konzerne wie VONOVIA oder Deutsche Wohnen treiben die Mietpreise immer weiter nach oben.

Das inhumane Geschäftsmodell von VONOVIA & Co.

Eine Vorreiterrolle beim finanziellen Ausquetschen von Mieter*nnen spielt Vonovia. Der Konzern ist auch hier in der Ortenau aktiv. Mit etwa 400.000 Wohnungen, in denen ca. eine Millionen Menschen leben, ist er der größte Immobilienkonzern Deutschlands. Seit Börsengang im Jahr 2013 ist der Aktienkurs des DAX-Konzerns um schwindelerregende 148 Prozent gestiegen. VONOVIA hat sich beim finanziellen Ausquetschen von deren Mieter*nnen besonders spezialisiert. Dabei greift das Unternehmen auf das sogenannte „Insourcing“ zurück, also dem Erledigen von Arbeiten wie z.B. Winterdienst- und Hausmeistertätigkeiten durch eigene Tochterunternehmen.

Diese stellen der VONOVIA für ihre Dienstleistungen überhöhte Rechnungen, die über die Betriebs- und Nebenkosten von den Mieter*nnen gezahlt werden. Über diesen Kreislauf landen die Gewinne in der eigenen Tasche. In Hamburger Vonovia-Wohnanlagen wurde so z.B. der Winterdienst um 1900 Prozent teurer, für Vonovia-Mieter*nnen in Magdeburg stiegen die Kosten für die Beleuchtung um 223 Prozent.

Da verwundert es nicht, dass sich der Konzerngewinn alleine in den vergangenen zwei Jahren um sagenhafte 15 Prozent auf eine Milliarde Euro gesteigert hat. Und dieses Verwertungssystem ist äußerst zuverlässig. Denn für die allermeisten Mieter*nnen ist ein Aus- oder Umzug aufgrund des Wohnraummangels und der überteuerten Mieten keine wirklich realistische Option.

Profiteure sind am Ende wieder nur Wenige, die sich über diese Geldmaschine freuen und alles dafür tun, um sie am Laufen zu halten. Über 600 Millionen Euro wurden alleine letztes Jahr an die VONOVIA-Aktionäre ausgeschüttet und der Vorstand freut sich über ein Jahresgehalt von 5,67 Millionen Euro.
Genau so assozial funktioniert der Kapitalismus – wenige Reiche besitzen und kaufen, während Viele täglich schuften und zahlen. Auch in Offenburg treibt der Konzern das Spiel der Modernisierung mit anschließender Mieterhöhung voran. Teilweise werden die Mieten um bis zu 40% erhöht. Dagegen haben sich mehrere Mieter zusammengeschlossen, um gemeinsam Widerstand zu leisten. Doch um diesem Treiben endgültig ein Ende zu setzen, bleibt nur, wie jetzt in Berlin angestrebt, die konsequente Vergesellschaftung der Wohnungsbaukonzerne. Mit dem Recht auf Wohnen, sollte niemand Profite machen dürfen.

[LiLo]

Gemeinsam stark! Streik bei Xella in Rheinau

Am 03.06.2019 unterstützten Mitglieder der LiLO die Belegschaft des Ytong-Werks Xella in Rheinau beim Warnstreik.

Parallel wurden die Werke in Malsch und Leimen bestreikt. Dabei stauten sich die anliefernden LKWs vor den Toren. Somit machten die Beschäftigten ihre Forderung von 6% mehr Lohn sehr deutlich. Die Firmenleitung konnte durch den Streik unter Druck gesetzt werden. Gerade hier in der Ortenau, wo die Löhne eher unterdurchschnittlich im Gegensatz zum Rest der Republik sind, haben die Arbeiter*innen eine Lohnerhöhung mehr als nur verdient.

Die Aktivisten werden auch alle weiteren Aktionen unterstützen.

Denn nur gemeinsam sind wir stark!
[LiLo]

Familien-Clans stopfen sich die Taschen voll

In der Automobilindustrie kriselt es derzeit weltweit. Das merken auch viele Firmen in der Ortenau und Umgebung. Doch anstatt auf Profite zu verzichten, wird die Krise wie immer auf die Beschäftigten abgewälzt.

Es ist 10 Uhr morgens und langsam füllt sich der Europaplatz in Bühl. Erwartet wurden über 400 Beschäftigte der Bühler LUK und Bosch Werke, doch gekommen sind nur knapp über Hundert. Das mag daran liegen, dass gerade Ferien sind, weil sich Viele nicht trauen, gegen den geplanten Sparkurs zu demonstrieren oder aber das Bewusstsein fehlt, für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen.

Fakt ist: der Automobilbranche, einer der Hauptantriebsfeder der deutschen Wirtschaft, geht es nicht gut.

Das hat eine Reihe von Gründen, z.B.. Überproduktion. Das heißt, es werden einfach mehr Autos produziert, als derzeit abgenommen werden. Ein Problem, das immer wieder im Kapitalismus auftaucht und mit für seine Krisen verantwortlich ist.

Dann ist da noch der Dieselskandal, bei dem die Konzerne auf Kosten der Verbraucher und nun auch der Beschäftigten jahrelang betrügerisch extra Profite einkassiert haben. Die Politik schaute zu oder war aktiv an diesem Betrug beteiligt.

Der Schritt hin zu alternativen Antriebskonzepten weg vom klassischen Verbrennungsmotor und auch die Digtalisierung kommen viel zu spät. All das sind Probleme, die die Konzernleitungen in den letzten Jahren nicht angepackt haben. Hierfür müssen nun die Arbeiter*innen weltweit ihren Kopf hin halten.

In vielen Betrieben in der Ortenau spüren die Beschäftigten schon den Rückgang der Aufträge. Überstunden müssen abgebaut werden, extra Schichten entfallen und niemand weiß so richtig, ob die dunklen Wolken am Horizont vielleicht doch noch abziehen.

Doch wie die Vergangenheit gezeigt hat, kommt die Krise so sicher wie das Amen in der Kirche. Niemand kann genau sagen wann, doch es lohnt sich auf jeden Fall vorbereitet zu sein. Denn wir sehen es am Beispiel der Firma Schaeffler, dass am Ende die Beschäftigten die Zeche zahlen müssen.

Aktionäre, Vorstände und Manager hingegen erhalten weiterhin ihre Dividenden und Boni. Der Kampf gegen Überproduktion kann nur durch eine geplante und demokratisierte Wirtschaft sowie einer Arbeitszeitverkürzung (30h Woche) bei vollem Lohnausgleich gewonnen werden.
[LiLO]

EDEKA teure Preise, billige Arbeits-bedingungen

Der Ver.di Ortsverband Offenburg kritisiert das Verhalten von Edeka Lehmann in Haslach gegenüber einigen seiner Mitarbeitern.

Dort kam es unter anderem vor, dass einer Mitarbeiterin fast zwei Monate die Praktikumsvergütung nicht ausgezahlt wurde, obwohl sie diese dringend zum Leben benötigte. Schließlich rechnet das Jobcenter die Vergütung auf die Leistung an.

Erst nach einer Klageandrohung, konnte die Geschäftsführung überzeugt werden, die ausstehende Vergütung in Höhe von jeweils 231€ für März und April, Ende Mai zu zahlen. Ortsverband-Vorstandssprecher Karl Martin Matt beklagt, dass es hier vor allem mal wieder die Schwächsten unserer Gesellschaft trifft, bei der manch ein Unternehmer denkt, er könne alles mit den Menschen machen. Nur weil Menschen über das Jobcenter vermittelt werden oder z.B. einen Flüchtlingsstatus haben, heißt das nicht, dass sie Freiwild sind.

Dem Ortsverband der Gewerkschaft wurde darüber hinaus ebenfalls von Mitarbeitern zugetragen, dass derzeit ein Verfahren der IHK gegen den Betrieb läuft, da angeblich das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht eingehalten wurde. Auch beklagten Azubis, dass sie trotz gleichem Lehrjahr und gleicher Tätigkeit nicht die gleiche Auszubildendenvergütung erhalten würden.

Einer weitere Praktikantin wurde schon gar keine Vergütung versprochen. Sie arbeitet schon seit mehreren Monaten unentgeltlich. Diese Ungleichbehandlung von Mitarbeitern ist nach Ansicht von ver.di katastrophal und muss ein sofortiges Ende haben.

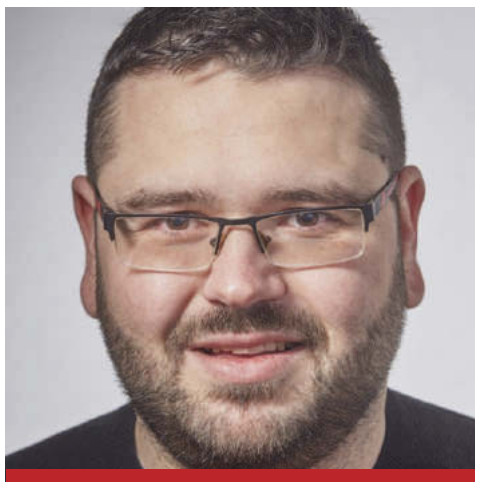
"Es ist traurig, dass in Zeiten des Mindestlohns versucht wird, mit allen Tricks zu verhindern, dass die Menschen anständig für ihre Arbeit entlohnt werden", meint dazu Vorstandsmitglied Yannik Hinzmann.

Man werde aber weiterhin für seine Mitglieder da sein und solche Zustände bei Unternehmen öffentlich machen.
[verdi]

Wie kam der Warnstreik zustande? Was sind eure Forderungen?

Die Gewerkschaft rief dazu auf, da der Arbeitgeber auch in der 3. Verhandlungsrunde kein neues Angebot vorgelegt hatte. Die Forderungen stehen bei 6,5% mit einem Jahr Laufzeit, mindestens jedoch 160€ sowie 80€ für Azubis.

Das Angebot der Arbeitgeber lag in der zweiten und damit auch 3. Verhandlungsrunde bei 2,0% für das 1. Jahr und 0,5% für das zweite Jahr. Dieses Angebot ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Beschäftigten, deckt es doch nicht mal die prognostizierte Inflation ab. Zudem sind wir jetzt schon im dritten Nullmonat.



Interview mit dem Betriebsrat Dislo Benjamin Harter zur aktuellen Tarifrunde.

Wie groß war die Beteiligung hier am Standort in Offenburg und wie ist die Stimmung bei der Belegschaft?

Es haben über beide Schichten verteilt ca. 120 Mitarbeiter in Offenburg gestreikt, was für unseren Betrieb eine gute Beteiligung ist.

Dies zeigt, dass die Belegschaft mit dem Angebot der Arbeitgeber ebenfalls nicht zufrieden sind und ihre gute Arbeit gerne wertgeschätzt haben wollen.

Gerade im Einzelhandel hat es immer wieder Berichte über den weit verbreiteten Einsatz von Leiharbeit und unbezahlten mehr monatigen Praktika gegeben. Wie sieht es denn bei Edeka aus?

Zu den Praktikas im Einzelhandel kann ich nichts sagen, da bei uns im Großhandel Praktikas zum Großteil an Schüler vergeben werden, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden. Die Leiharbeit ist in der Logistik bei uns zwar verbreitet aber der Betriebsrat schaut da auf ein gutes Verhältnis.

Zudem werden viele Leiharbeitnehmer im Großhandel meist nach kurzer Zeit fest übernommen.
Ich persönlich bin jedoch kein Freund der Leiharbeit.

Wie sieht die Perspektive nach dem Warnstreik aus? Wie geht es weiter?

Am 27.6. findet die 4. Verhandlungsrunde statt. Dann wird man sehen, ob die Arbeitgeber die Botschaft aus der Belegschaft ver-standen haben und es ein akzeptables Angebot oder ein Signal zum Weiterverhandeln gibt. Falls nicht, wird die Gewerkschaft die entsprechenden Schritte einleiten.

Das Interview führte Tristan Stacey.
[LiLO]

Fake Bürgerdemokratie in der Ortenau - der vorgegaukelte Dialog!

Die Debatte um die Klinikschließungen geht in die nächste Runde. Nach Kritik am Entscheidungsprozess zur Agenda 2030, will der Ortenaukreis nun angeblich die Bürger anhören. Dabei sind doch die Entscheidungen schon längst gefallen.

Am 05.07.2019 fand in Haslach der erste Bürgerdialog des Landratsamtes zur zu-künftigen Gesundheitsversorgung in der Ortenau statt. Gekommen sind nur einige Wenige und die, die gekommen sind wissen: Es ist bereits alles entschieden. Dennoch wollen ca. 20 Personen aus dem gesamten Kinzigtal ihrem Ärger Luft machen und bringen ihre Ideen in die Workshops ein. Große Verwirrung löste bei Vielen die Aussage der Veranstalter aus, dass die Kliniken geschlossen werden, weil kein Personal mehr auffindbar wäre. So wurde den Bürgern doch vor allem am Anfang der Debatte erklärt, dass kein Geld mehr für die Kliniken da sei.

Auf die Frage aus dem Publikum und bei den Workshops, warum man dann nicht einfach das Personal besser bezahlt, besser behandelt und mehr mitbestimmen lässt, konnten die Veranstalter keine Antwort geben. Allerdings meinte man, man werde es den Verantwortlichen vorschlagen. Rege Zustimmung fand hier vor allem der Vorschlag, dass man ein Finanzierungsprogramm ähnlich wie in Villingen-Schwenningen aufstellt.

Dort erhalten Menschen, die auf Krankenpflege umschulen, vom Kreis zusätzlich 1000€ auf ihren Lohn jeden Monat. Dafür verpflichten diese sich aber für eine gewisse Zeit am Klinikum zu bleiben. Insgesamt wurden an diesem Abend dutzende gute Vorschläge wie Verbesserung des ÖPNV, Erhalt der Basisnotfallversorgung, Anwerbungsprogramme usw. von den Teilnehmern vorgeschlagen. Doch waren sich alle einig, dass der Kreis keiner dieser Vorschläge umsetzen wird. Viel mehr diente die Veranstaltung lediglich dazu, um angebliche Bürgernähe zu vorzugaukeln. Selbst die Moderatoren und anwesenden Experten ließen das immer wieder durchblicken.
[LiLo]

Krankenhausprivatisierung in der Ortenau?

Millionen werden mit Krankenhaus-schließungen in den Sand gesetzt

Mit dem Beschluss der Agenda 2030 wurde der Tod der wohnortnahen Gesundheitsversorgung in der Ortenau beschlossen. 500 Millionen Euro will man für eine neue Krankenhausfabrik ausgeben und 60 Millionen € in Standorte stecken, die spätestens 2030 geschlossen werden. Ein Trauerspiel, bei dem die Bevölkerung von den Herrschenden rücksichtslos ausgetrickst wurde.

Im Juni 2018 beschloss der Kreistag mit großer Mehrheit und den Stimmen von AfD, SPD, CDU, Grünen und FDP, dass es in Zukunft nur noch 4 Klinikstandorte in der Ortenau geben soll.

Begleitet wurde die Debatte mit Zahlen, Wörtern und Versprechungen, die heute nur noch Schall und Rauch sind. Da wären zum einen die oft genannten Defizite, welche die Kliniken erwirtschaften würden. Wie diese Defizite genau zustande kommen, wurde nie erklärt. Auch wurde bis heute keine Erklärung abgegeben, warum das Klinikum Rückstellungen in einer Höhe von 41,5 Millionen € benötigen würde.

Zum anderen wurde die Bevölkerung ständig mit Wörtern wie Maximalversorgung berieselt. Was aber dieses Wort genau bedeuten soll, wurde nicht erklärt (siehe Kasten "Unwort des Quartals"). Von den Versprechungen, dass man am Ende eine bessere Qualität und eine effizientere Klinikstrutkur haben wird, ist jetzt schon absehbar, dass diese kaum haltbar sein werden.

Immer mehr Pflegekräfte überlegen sich, ob sie das Klinikum verlassen. Denn der Arbeitsstress sowie der Druck von oben wird von Jahr zu Jahr intensiver.

Mit der Agenda 2030 wurde den Menschen und einigen Kreisräten versprochen, dass man spätestens im Jahr 2025 noch einmal genau überprüft, ob man Oberkirch, Kehl und Ettenheim schließt. Doch Kehl wurde jetzt schon an Offenburg angegliedert und in Oberkirch gehen nach und nach die Lichter aus,
da profitable Abteilungen und Personal abgezogen werden.

Das Bündnis für den Erhalt und Ausbau aller Ortenauer Kliniken und die Linke Liste Ortenau (LiLO) warnten schon vor der Verabschiedung der Agenda 2030, dass die Überprüfungsklausel nicht verwirklicht werden wird. Denn das neue Gesetz der "stationären Notfallversorgung" besagt, dass nur die Kliniken von den Krankenkassen gefördert werden müssen, die mindestens die Basisnotfallversorgung haben.

Da Kehl, Ettenheim und Oberkirch diese nicht haben, ist absehbar, dass die Schließungen aufgrund von fehlender Förderung schnell kommen werden. Man kann durchaus davon ausgehen, dass Landrat Scherer und Konsorten dies genauso einplanen. So hat der frühere Linke Kreisrat und heutiges Mitglied der LiLO, Fritz Preuschoff, im Kreistag mehrmals genau hiervor gewarnt.

Auch die Modernisierung des Offenburger Ebertplatzes, speziell des OPs wurde von den Aktivisten der LiLO und des Bündnisses seit Jahren angemahnt. Jahrelang hat man größere Investitionen in die Ortenauer Kliniken hinausgezögert und nach Aussage Preuschoffs somit die Kliniken an die Wand gefahren.

Nun haben die Verantwortlichen eine teils lebensgefährliche Situation geschaffen, da die Klimaanlagen und Vakuumpumpen ausfallen. Stromleitungen sind so veraltet, dass die Geräte teilweise nur ungenügend Strom erhalten oder Türen nicht mehr automatisch schließen.

> ***Am Ende wird die neue Krankenhausfabrik in Offenburg wahrscheinlich privatisiert.***
> *Lukas Matz*

Der ehemalige Kreisrat hat diese Dinge öffentlich thematisiert und darauf aufmerksam gemacht, dass dadurch auch eine erhöhte Gefahr einer Infizierung mit Krankenhauskeimen einhergehen kann. Für diese Aussage zeigte ihn Klinikgeschäftsführer Keller an und wollte ihm solche Aussagen verbieten, was die Staatsanwaltschaft aber ablehnte. Damit gab diese Preuschoff recht.

Nun fordern er und viele weitere Ortenauer Bürger und Bürgerinnen, dass man alle Klinikstandorte erhält und mindestens zur Basisnotfallversorgung ausbaut. Denn es mache keinen Sinn z.B. in den Ebertplatz 60 Millionen Euro zu investieren, nur um das Gebäude dann im Jahr 2030 wieder abzureißen. Zurecht wird das als eine Verschwendung von öffentlichen Steuergeldern kritisiert.

Die angeblichen Defizite, die die Kliniken erwirtschaften, könnte man mit einer Erhöhung der Kreisumlage begegnen. Schon 20€ pro Ortenauer Bürger und Bürgerin mehr pro Jahr könnten alle Kliniken retten. Doch an einer Erhöhung der Kreisumlage sind die Bürgermeister nicht interessiert, die dann die heimische Wirtschaft oder ihren eigenen Haushalt stärker belasten müssten. Somit werden lieber Millionen verpulvert, Pflegepersonal abgebaut und die wohnortnahe Gesundheitsversorgung verschlechtert.

Das Trauerspiel hat aber gerade erst begonnen. Denn bezahlen dürfen die Bürgerinnen und Bürger alles mit längeren Wartezeiten, längeren Anfahrtswegen in die Klinik und weniger Investitionen in andere wichtige Dinge, wie zum Beispiel den Nahverkehr. Schon jetzt gibt das Landratsamt bekannt, dass die Kosten für die Agenda 2030 von 502 Millionen € auf 720 Millionen €, eventuell sogar auf bis zu 1,3 Milliarden € steigen werden. Das Bündnis für den Erhalt aller Ortenauer Kliniken geht sogar davon aus, dass die Qualität der Behandlungen durch zunehmenden Arbeitsstress, Strukturen einer Krankenhausfabrik, kürzeren Liegezeiten aufgrund der geringeren Bettenzahl sowie langen Wege für Krankenwagen, massiv abnehmen wird.

Doch leider würde das den meisten Menschen erst so richtig bewusst, wenn sie selber einmal davon direkt betroffen sind. Am Ende, so prophezeit Lukas Matz vom Bündnis, wird es vorraussichtlich eine Kostensteigerung auf über 1.000 Millionen € (1 Mrd €) geben. Dann wird die neue Krankenhausfabrik in Offenburg wahrscheinlich privatisiert werden. Und somit zerstört man letzten Endes die Gesundheitsversorgung in der Ortenau endgültig.
[LiLo]

Unwort des Quartals: Maximalversorgung

Sehr häufig wurde der Begriff **Maximalversorgung** in der Klinikdebatte benutzt und muss als ständiges Argument für den Bau einer neuen Krankenhausfabrik herhalten.
Doch keiner konnte erklären, was denn nun genau Maximalversorgung ist. Rechtlich gibt es den Begriff seit 2017 nicht mehr. Das war den beteiligten Politikern in der Klinikdebatte, auch nach mehrmaligen Hinweisen, aber vollkommen egal.
Ein schönes Wort ist es ja, diese Maximalversorgung, Denn man ist angeblich maximal versorgt. Doch wenn man genauer nachfragt, dann meinen die Politiker dann doch eher den maximalen Profit. Und den macht man eben nicht mit chronisch Kranken, sondern viel mehr mit Herzoperationen, Prothesen etc.! So wird die Maximalversorgung schnell zur maximalen Versorgung des gut verdienenden Klinikgeschäftsführers und seines Oberärztestabs. Die restliche Bevölkerung hat aber letzten Endes darunter zu leiden.
[LiLo]

Ein paar Worte an die GRÜNEN!

Liebe GRÜNE,

Ihr wisst Bescheid. Stundenlang könnt ihr erzählen. Vom steigenden Meeresspiegel, sterbenden Tierarten und der verpesteten Stadtluft. Dass durch den Klimawandel 3 Milliarden Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden … für euch nichts Neues.

Es ist so schön, dass ihr Bescheid wisst. Toll, dass ihr Euch in alternativen Cafés versammelt und euch dort gegenseitig die neuesten Schaudergeschichten aus der tragikomischen Serie "Apokalypse selbstgemacht!" erzählt.

Aber liebe GRÜNE … warum, um Himmelswillen, seid ihr bloß so fucking gut gelaunt?

Jeder gute Apokalypse-Blockbuster braucht diese Freaks, die Bescheid wissen und dann nichts unversucht lassen die Katastrophe **WIRKLICH** zu verhindern.

Die seilen sich von Hochhäusern ab, rufen den Präsidenten an und machen sonst wie Welle. Aber unter keinen Umständen setzen sie sich mit den bösen Umweltzerstörerschurken auf ein Podium und sagen dann Sachen wie: "Wir werden in den nächsten 5 Jahren viel mehr Radwege anlegen und Obst und Gemüse essen."

Nicht nur, dass das dramaturgisch echt scheiße wäre - es würde auch der Situation einfach nicht gerecht werden.

Ich bin ehrlich gesagt selber ein wenig erstaunt, und ja, auch ein bisschen verzweifelt darüber, dass ihr - liebe GRÜNE - genauso handelt. Es ist für mich maßlos empörend, wie Herr Kretschmann mit der Autoindustrie kuschelt und unverständlich, warum ihr einem faulen Kohlekompromiss zugestimmt habt und damit die Aktivisten im Hambacher Forst im Stich lasst. Warum handelt ihr so irrational? Warum bleibt ihr untätig jetzt wo - sprichwörtlich - die Welt nach einer ökologischen Wende schreit?

Ich bin überfragt.

Vielleicht muss man 2 Jahrzehnte in Landtägen und Gremien gesessen haben, um das zu verstehen.

Aber ich habe eine Bitte an euch: Wenn jetzt tausende Schüler in Deutschland wirklich um das Klima kämpfen (kämpfen ist ja für euch ein böses Wort, so disharmonisch), wenn sie an eine echte Veränderung dieser Welt glauben und sogar, zwischen aller Selbstdarstellerei und dem aufkommenden Karrierismus, ab und zu sowas wie ehrliche Trauer und Wut über die Zerstörung unseres Planeten durchschimmern lassen - lullt sie bitte nicht ein. Zieht sie bitte nicht in die Kloake der Gleichgültigkeit und Resignation hinunter, die ihr gerne "Realpolitik" nennt.

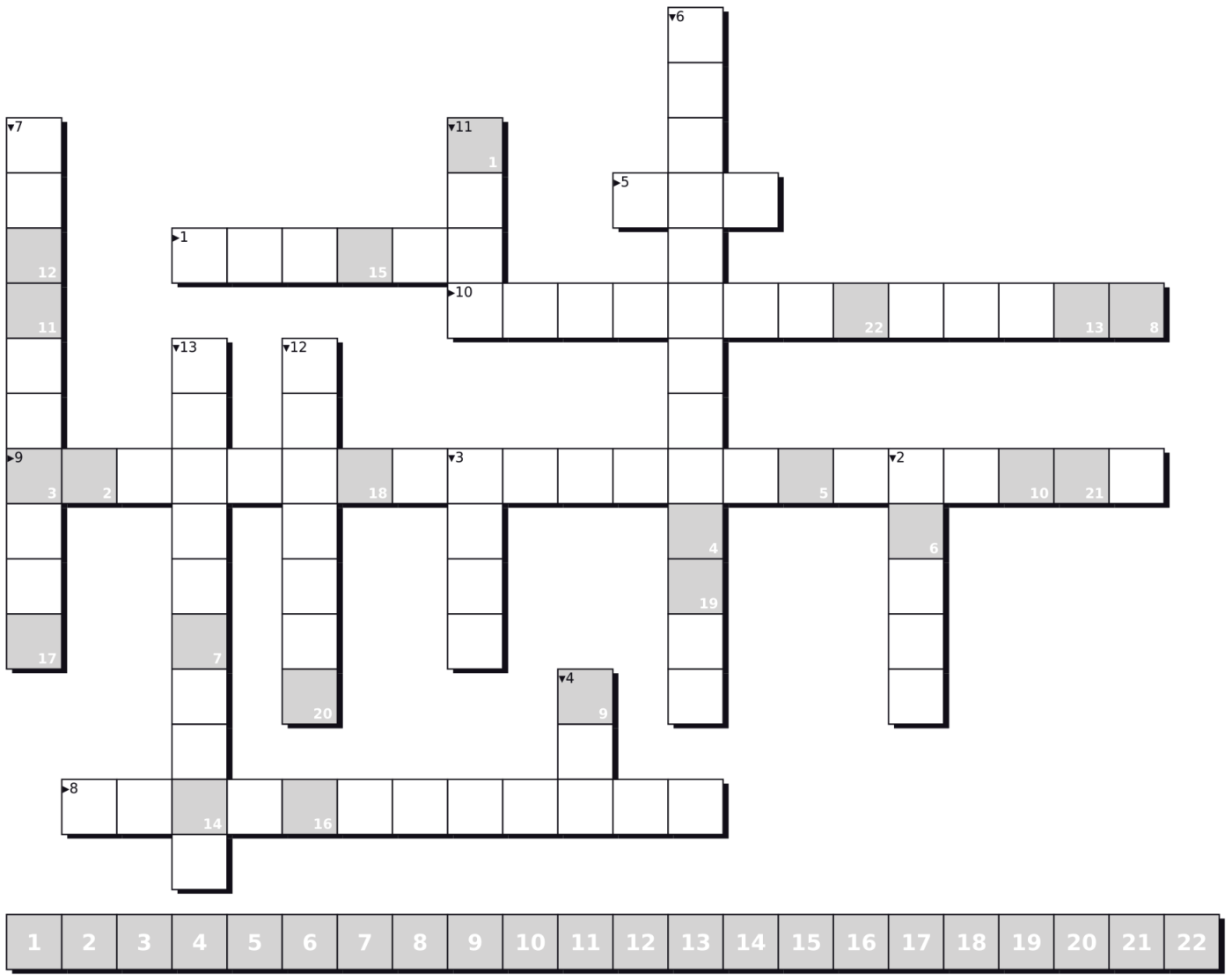
Hier in Baden-Württemberg baut man die Autos, die weltweit unsere Atmosphäre vergiften, während der öffentliche Nahverkehr vor Ort einschläft. Hier im Ländle wird auch die Rüstungsindustrie, die keinen unerheblichen Beitrag zu den CO2-Emissionen leistet, staatlich gefördert.

Und solange das durch Ihre grün-schwarze Landesregierung passiert, lieber Herr Böhm und lieber Herr Marwein haben sie auf den Fridays for Future Demonstrationen absolut gar nichts zu suchen.

[Tupamaro]

Links gerätselt - flink gelöst

1. Untergeschoss eines Hauses / Klinikgeschäftsführer
2. Konservativer Zeitungsverlag in der Ortenau
3. Freund von Bert / Bürgermeister in Gengenbach
4. Partei, die im Kreistag für die Agenda 2030 gestimmt hat und nun gegen diese mobil macht
5. Nahverkehrsverbund in der Ortenau
6. Undichter See in Lahr
7. Bis zu 4 Millionen € will der Kreis für eine neue ...ausgeben
8. Thema, welches das Sommerloch der Presse füllt
9. Wirksame Maßnahme gegen Kurzarbeit und Überproduktion
10. Antwort auf Frage 9, bei vollem ...
11. Vorname von Marx (1818-1883)
12. Landkreis, in der die LiLO aktiv ist
13. Rosa Luxemburg und Karl ...



ABONNIER MICH

DOCH EINFACH

Willst du immer auf dem neusten Stand sein?

Willst du kritische Nachrichten zur Ortenau aus der Sicht von Arbeiter*innen, Gewerkschaften und anderen linken Kräften erhalten?

Dann abonnier mich. Entweder digital als pdf, indem du an **zeitung@linke-liste-ortenau.de** deine E-Mail-Adresse schickst mit dem Betreff "Ich abonniere die LiLo-Zeitung".

Für eine Spende (5€ werden empfohlen, um unsere Unkosten zu decken) erhaltet Ihr alle Ausgaben auch gedruckt nach Hause geliefert.

Für das LINKS in Ortenau!

Veranstaltungs-kalender

Diskussion – "Sozialismus im 21. Jahrhundert"
Datum: Freitag, 26. Juli
Uhrzeit: 19:30 - 21:30 Uhr
Wo: Linkes Zentrum R12, Rammersweierstraße 12, 77654 Offenburg

Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 wurde der Sozialismus für tot erklärt. Heute jedoch vertreten populäre Politiker wie Bernie Sanders und Jeremy Corbyn wieder die Idee. Auch der Unmut in den Unterschichten wächst, das sieht man nicht nur an den Gelbwesten. Erleben wir gerade ein Comeback des Klassenkampfs?

Tanzworkshop – "Bewegung erforschen"
Datum: Samstag, 27. Juli
Uhrzeit: 14:00 - 18:00 Uhr
Wo: Bürgerpark, an der Bühne

Was ist eigentlich Tanz? Diese Frage ist nicht so einfach wie sie scheint. Wir wollen verschiedene Bewegungsweisen erforschen und Körpergefühle entwickeln um uns dieser Frage zu stellen. Der Workshop basiert hauptsächlich auf zeitgenössischem Tanz und hat für Einsteiger wie auch fortgeschrittene Tänzer etwas zu bieten.

Diskussion – "Europa – ja! Aber wie?
Datum: Freitag, 2. August
Uhrzeit: 19:30 - 21:30 Uhr
Wo: Linkes Zentrum R12, Rammersweierstraße 12, 77654 Offenburg

"Europa" ist ein wunderbares Schlagwort, mit dem in der Politik viel hantiert wird. Von der CDU bis zur LINKEN sind sich alle scheinbar darin einig, dass "Europa" eine gute Idee ist. Doch was heißt das konkret? Gemeinsam mit der Heidelberger Stadträtin Sahra Mirow möchten wir über die Zukunft des Kontinents und der EU sprechen. Angesichts der großen Unzufriedenheit mit der Bürokratie der Europäischen Union gilt es, Europa neu zu denken. Das 21. Jahrhundert braucht ein europäisches Miteinander, in dem nicht nur Gesetze sondern auch Menschen zusammenwachsen und, in dem wir demokratisch und transparent unsere Politik gestalten können.

Du bist gefragt. Was heißt Europa für dich?

Debating – Der Mensch als Ware
Datum: Freitag, 23. August
Uhrzeit: 19:30 - 21:30 Uhr
Wo: Linkes Zentrum R12, Rammersweierstraße 12, 77654 Offenburg

Diese Gesellschaft ist genau genommen gar keine Gesellschaft. Diese sogenannte Gesellschaft ist ein allgegenwärtiger Markt: Ein Verhältnis der Menschen zueinander, das über ihren Verkaufswert geregelt wird. Auf diesem Markt ist man als Arbeiter weniger Wert als ein BWLer. Der Wettlauf beginnt: "Steigere deinen Wert! Setze dich auf dem Markt durch! Verkaufe dich so gut wie möglich!" – Das sind die Parolen der Warengesellschaft, die von allen Seiten auf uns einprasseln. Doch was bleibt übrig, wenn eine ganze Gesellschaft nach diesen Parolen funktioniert? Was bleibt zwischen den Menschen? Was bleibt in den Menschen? Wir möchten mit Euch über den Zusammenhang zwischen Entfremdung / Zukunftsangst und der allgegenwärtigen Herrschaft des Kapitalismus sprechen.

Schauspielworkshop – "Den Raum bewegen"
Datum: Samstag, 24. August
Uhrzeit: 14:00 - 18:30 Uhr
Wo: Bürgerpark, an der Bühne

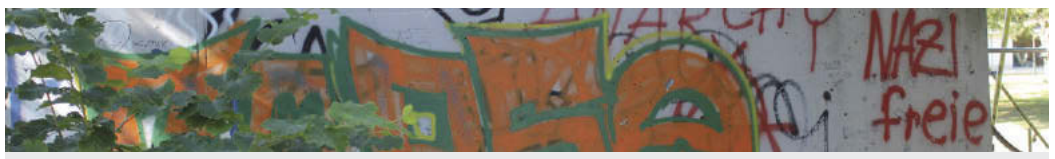
Jeder Raum in dem wir uns bewegen ist erfüllt von Energie. Unendliche Netzwerke von menschlichen Beziehungen, Gedanken, Spannungen und Geschichten prägen diese Energie. Lasst uns hineinspüren in die Räume in uns und um uns herum. Lasst uns hineinfallen in Emotionen, die wir vielleicht sonst nicht zeigen dürfen. Mit der Schauspieltechnik Michael Tschechows kann ein Raum entstehen, in dem jeder frei und präsent sein Ich zeigen kann....ohne Scham und Angst.

Diskussion - "Umweltzerstörung & Gesellschaftsform" mit Dr. Bernhard Brosius
Datum: Freitag, 30. August
Uhrzeit: 12:00 - 17:00 Uhr
Wo: Linkes Zentrum R12, Rammersweierstraße 12, 77654 Offenburg

Die Umweltzerstörung im Kapitalismus ist umfassend - sie erstreckt sich über die ganze Erde von Pol zu Pol und betrifft die Atmosphäre, die Ozeane und die Landmassen. Das Desaster der kapitalistischen Ökologie besteht darin, dass Natur nur noch als Rohstofflager und Müllkippe in Erscheinung tritt. Die Erde ausschließlich als Rohstofflager und Müllkippe zu nutzen führt einerseits zur Verknappung von Rohstoffen, andererseits zur Zerstörung der Natur sowohl bei der Entnahme der Rohstoffe (Bergbau, Holzindustrie, Hochseefischerei, Ölförderung, ...) als auch bei der Überlastung durch Müll (Müllstrudel in den Ozeanen, Kohlendioxid in der Atmosphäre, radioaktive Abfälle, ...). Zusammen mit Euch möchten wir uns auf die Suche nach ökologischen Alternativen zum globalen Raubtierkapitalismus machen.

Workshop – "Strukturen der Weltgeschichte" mit Dr. Bernhard Brosius
Datum: Samstag, 31. August
Uhrzeit: 12:00 - 17:00 Uhr
Wo: Linkes Zentrum R12, Rammersweierstraße 12, 77654 Offenburg

Stehen wir vor einer grundlegenden Wandlung unserer Zeit? Wird es zur Vernichtung unserer Welt, unserer Zukunft, unserer Menschlichkeit kommen, oder wird der Zug der Zerstörung selbst sein Ende finden? Was können wir sagen über jene Welt, die der unseren folgt? Und welche Möglichkeiten der Verwandlung gibt es? Wenn wir einer ungewissen Zukunft entgegen sehen, so kann es nützlich sein, zu verharren und zurück zu schauen auf jene Verwandlungen und Umwälzungen der Vergangenheit, die vergleichbar sind mit dem, was wir erwarten. Dr. Bernhard Brosius hat sich intensiv mit prähistorischen Gesellschaften auseinandergesetzt. Im Workshop werden wir mit ihm die Menschheitsgeschichte anhand der philosophischen Konzepte Karl Marx untersuchen. Vorwissen ist nicht nötig.



LiLO INFORMIERT - die Zeitung der LiLo
Herausgeber: Linke Liste Ortenau
Rammersweierstraße 12, 77654 Offenburg
info@linke-liste-ortenau.de
www.linke-liste-ortenau.de/zeitung/
Chefredaktion: Lukas Matz (V.i.S.d.P.),
redaktion@linke-liste-ortenau.de